



Antrag

der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP,
PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Verantwortlichkeiten für Minderheiten auf EU-Ebene verbindlich regeln und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen unterstützen

Drucksache 18/ 1969

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass bei der Europäischen Kommission verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden.

Der Landtag spricht sich deshalb bei einer Neustrukturierung der Aufgaben der EU-Kommissare dafür aus, alle Fragen, die den Schutz und die Rechte der Minderheiten in der EU betreffen bei einem EU-Kommissar inhaltlich und organisatorisch zu bündeln. Der Kommissar soll für die Durchsetzung der im Rahmen der Grundrechtecharta und der Kopenhagener Kriterien zugesagten Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Europäischen Union sorgen.

Der Landtag begrüßt zudem, dass die Landesregierung sich über den Bundesrat für eine bundesweite institutionelle Förderung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) ausgesprochen hat und bittet sie, sich dafür auch weiterhin auf Bundesebene einzusetzen.

Astrid Damerow
und Fraktion

Birte Pauls
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion

Angelika Beer
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW